

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— RM.  
mit Zustagen; einzelne Nr. 10 Pf.  
Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nr. 3  
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403  
Postfachkonto Dresden 125 48

## Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Amtshauptmannschaft, des Stadtrats und des  
Finanzamts Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 48 Millimeter breite  
Millimeterzeile 6 Rfa.; im Textfeld bis 93  
Millimeter breite Millimeterzeile 11 Rfa.  
Anzeigenschluß 10.00 vorm. D.-V. II 84 1352

Hauptredakteur: Felix Zehne, Dippoldiswalde; Stellvertreter: Werner Kunzsch, Altenberg; verantwortlich für den gesamten Textteil:  
Felix Zehne, Dippoldiswalde; verantwortlicher Anzeigenleiter: Felix Zehne, Dippoldiswalde; Druck u. Verlag: Carl Zehne, Dippoldiswalde

Nr. 67

Dienstag, am 20. März 1934

100. Jahrgang

## Oertliches und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Bis zum Sonnabend abend mußte am Brandplatz auf Vorwerk Wolframsdorf von Seiten der Freiwilligen Feuerwehr Wache gestellt werden, da die Flammen immer wieder hoch schlugen und alles Heu und Stroh vom Boden entfernt werden mußte. Die Untersuchung nach der Brandursache hat bisher noch zu keinem Resultat geführt.

Seute früh war das Thermometer wieder etwas unter Nullgrad gesunken. Das Quecksilber stieg aber rasch wieder, als die Sonne herauskam.

**Dippoldiswalde.** Weiter ist am Seideweg mit den Arbeiten zum Bau einer Abgasse und Beilegung der toten Endpunkte im Wasserleitungsnetz begonnen worden. Diese Arbeiten sind auch ein Teil des sächsischen Arbeitsbeschaffungs-Programms.

**Dippoldiswalde.** Zeitfragen der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und öffentliche Arbeitsvermittlung, so lautete die Tagesordnung eines Arbeitgeber-Sprechertages, zu dem der komm. Vorsteher des Arbeitsamtes Dippoldiswalde die Arbeitgeber im Bezirk dieses Amtes gestern nachmittag nach der Reichskrone eingeladen hatte. Nur langsam füllte sich der Saal, bei Beginn mögen gegen 100 Personen anwesend gewesen sein, die knappe Hälfte dieser, die eingeladen waren. Der komm. Vorsteher des Arbeitsamtes, Hofmann, ging nach einigen Einleitungsworten gleich auf die Hauptfragen der Arbeitslosigkeit ein, bei der, um das Ziel zu erreichen, die Arbeitsbeschaffung die Hauptaufgabe sei. Nachdem der Nationalsozialismus den neuen Typ des deutschen Arbeitsmenschen geschaffen habe, habe er mit „Arbeitslosigkeit“ auch ein neues Wort, einen neuen Begriff geschaffen, etwas, was bisher kein anderer Staat, keine andere Regierung geschaffen habe. Arbeitslosigkeit führe heißt, daß gesamte Volk hinter sich haben; dazu sei der Nationalsozialismus die Voraussetzung. Der 1. Teil der Arbeitslosigkeit habe — auch in Sachsen — gute Erfolge gehabt. Im 2. Teil seien auch im hiesigen Bezirk die Mittel für Hausstandsbeschäftigungen reichlich geflossen; die Arbeitslosigkeit sei noch weiter verringert worden. Die Zahl der Arbeitslosen sei am 28. Februar um 45 Proz. niedriger gewesen, als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Nun sei der Befehl zum Großangriff am 21. 3. gekommen. Nach Dr. Goebbels sollten 1934 weitere 2 Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprozess eingebunden werden, das bedeute, daß im hiesigen Kreis rund 1500 untergebracht werden müßten. Das müßte auch erreicht werden; dazu sei aber die tatkräftige Unterstützung aller Kreise des Wirtschaftslebens unbedingt nötig. Es gibt nichts anderes, als Arbeit zu schaffen und die Wiedereingliederung sicher zu stellen. Diese Frage müßte alle berühren; denn Beseitigung der Arbeitslosigkeit heiße weiter nichts als Hebung des Wirtschaftslebens, der Kaufkraft, der Konsumkraft. Die Beseitigung der Gewerkschaften sei nötig gewesen, um das Gesetz der nationalen Arbeit schaffen zu können, das den Unternehmer als Inhaber der Produktionsmittel anerkenne, ihn aber auch verpflichte, diese Mittel zu gemeinem Nutzen von Volk und Staat einzusetzen. Dies gelte aber nur dann, wenn die Arbeitsmöglichkeiten des Betriebes reiflos ausgenutzt werden. Es könne nicht angehen, daß Arbeiter 14—16 Stunden täglich arbeiten; da müßte Wandel geschaffen werden. Jeder Wirtschaftler müsse dauernd suchen, ob nicht noch Arbeiter eingestellt werden könnten. Um eine Entlastung der öffentlichen Hand herbeizuführen, müßte die Produktion gesteigert werden. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei nicht nur Sache des Staates. Der Staat könne nur die Basis bestimmen (Reinhardt-Programm, jährliche Arbeit der öffentlichen Hand). Jeder einzelne müsse tatkräftig mitwirken. Redner hat dann, bei Einstellungen von Arbeitskräften sich stets der öffentlichen Arbeitsvermittlung zu bedienen. 700 000 seien im vergangenen Jahre untergekommen, die nicht vom Arbeitsamt betreut wurden. Hätten sie sich bis zur Einstellung ohne öffentliche Unterstützung über Wasser gehalten, würden sie auch noch kurze Zeit warten können. Wären für diese 700 000 von den Arbeitsämtern Leute vermittelt worden, so würden 340 Millionen Mark eingespart worden sein, die anderweit besser verwendet werden könnten. Es liege auch kein Grund vor, gegen die öffentliche Arbeitsvermittlung Stellung zu nehmen. Sie vermittele die Arbeitskräfte nach ihrer Eignung. Der rechte Mann an der rechten Stelle sei Prinzip. Bei gleicher Eignung entscheide soziale Bedürftigkeit des Arbeitslosen. Zu beobachten sei auch, daß die Landwirtschaft die nötigen Kräfte bekomme. Die Ernährung des Volkes müsse sicher gestellt werden. Es sei festzustellen worden, daß eine ganze Zahl Mädchen aus der Landwirtschaft in der Industrie unterkommen. Der Betriebsführer sei auch verpflichtet, zu prüfen, ob die Weiterbeschäftigung eines Doppelverdieners noch gerechtfertigt ist. Der Schwarzarbeit müsse vorgebeugt werden, um die Arbeitsvermittlung zu lenken. Stelle ein Arbeitgeber Leute ohne Vermittlung des Arbeitsamtes ein, dann melden sie sich oftmals zu spät an und überheben die Unterstützung. Von namentlichen Anforderungen beim Arbeitsamt sei Abstand zu nehmen. Das Arbeitsamt schlage vor und der Unternehmer entscheide. Das sei kein Aufzwingen, aber das Arbeitsamt müsse zunächst die Bedürftigkeit unterbringen. Es sei auch gehalten, soweit bekannt, die Schwächen des Arbeiters zu nennen. Das Arbeitsamt könne die Arbeitslage und die Arbeitslosigkeit besser beurteilen, treibe keinen Lokalpatriotismus und habe nur die Aufgabe, die Arbeitslosigkeit so weit als möglich einzuschränken und zu beseitigen. Aus einer übersichtlichen, genau geführten Kartei der Arbeitslosen werde sofort alles Nötige und Wichtige herausgelesen. Wenn

## Sächsische Jugend in ländliche Berufe!

Sachsens Bauern brauchen noch 6000 Jungarbeiter. Bei den diesjährigen Schulentlassungsfeiern in den sächsischen Volksschulen ist auf Anweisung des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung die zur Entlassung gekommene Jugend eindringlich auf den nationalpolitischen Wert der Landarbeit hingewiesen worden. Um diesem Hinweis den nötigen Nachdruck zu verleihen und auch die Elternkreise darauf aufmerksam zu machen, wie notwendig und wichtig sie für Volk und Staat, aber auch wie nützlich für die Jugend, für ihre Kinder selbst die Wahl eines ländlichen Berufes ist, hat das Ministerium für Volksbildung gleichzeitig folgendes vom Ministerpräsidenten von Klinger, vom Volksbildungsminister Dr. Hartnack und vom sächsischen Landesbauernführer Körner gemeinsam herausgegeben:

**Kernstück für die zur Schulentlassung kommenden Jugendlichen der Volksschulen**

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des nationalsozialistischen Staates, einen bodenständischen deutschen Landarbeiter- und Siedlerstand heranzubilden. Der hemmungslose Übergang von ländlichen Berufen zu städtischer Arbeit ist abgeriegelt. „Zurück aufs Land“ ist die Lösung, auf die der Reichsstatthalter in seinem Aufruf vom 14. Februar 1934 schon eindringlich hingewiesen hat. Mit Nachdruck wird das Ziel verfolgt, geeignete Kräfte aus den Städten zur Landarbeit zu erzielen.

Der Ostern 1934 zur Schulentlassung kommende Jahrgang, der sich als Nachkriegsjahrgang gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt hat, erfährt es besonders deutlich, daß die städtischen Berufe bei weitem nicht mehr fähig sind, auch nur die städtische Jugend in lohnende Berufsausbildung aufzunehmen. Dagegen bedarf unsere Landwirtschaft dringend eines viel größeren Arbeiterwachstums, besonders an jugendlichen weiblichen Arbeitskräften; und den wollen die Bauern sich selbst heranzubilden. Allein in Sachsen müßten Ostern 1934 noch 6000 jugendliche Arbeitskräfte eingeleitet werden.

Der Landesbauernführer veranlaßt: daß verantwortungsbewußt dafür gesorgt wird, daß diese Jugendlichen, insbesondere die Mädchen, schlicht, aber gesundheitlich und sittlich einwandfrei, untergebracht werden, daß sie in die Familien- und Hausgemeinschaft

des Bauern aufgenommen und in ihr nach den Grundtugenden einer deutschen Familie gefrästigt und erzieht werden.

daß die jugendlichen weiblichen Arbeitskräfte sowohl im Haushalt und im Garten als auch im Gutsbetrieb der Bäuerin helfend zur Hand gehen lernen. Sie werden im Walden, Blättern und Kochen und, je nachdem, auch in der Wartung und Pflege der Kinder angeleitet und in der Behandlung des Kleinviehs, insbesondere des Geflügels, praktisch unterwiesen.

daß die jugendlichen männlichen Arbeitskräfte mit der Zeit und unter Berücksichtigung ihrer nur allmählich wachsenden körperlichen Leistungsfähigkeit in die im Betrieb vorkommenden Arbeiten eingeführt werden, bis sie nach und nach alle vorkommenden ländlichen Arbeiten verrichten lernen.

daß die Verpflegung der ländlichen Tätigkeit entsprechend kräftig und dem Nahrungsbedarf des jugendlichen Alters angepaßt ist.

daß die Jugendlichen nur nach Maßgabe ihrer Kräfte zu schwererer Arbeit herangezogen werden, und

daß sie eine monatliche Barvergütung erhalten.

Es wird erwartet, daß der größte Teil der künftigen auf dem Lande gerade in der kritischen Entwicklungszeit gesund und stark heranwachsenden neuen Jugend dauernd in der Landwirtschaft als einer landesverwurzelten und damit krisenfesten Arbeitseinen Beruf finden wird. Aber auch denjenigen, die nach einiger Zeit auscheiden, bringt die Landarbeit unzweifelhaft eine körperliche Erleichterung und zähen Lebenswillen.

Die Berufsberatungsstellen in den örtlichen Arbeitsämtern erteilen über alle Einzelheiten Auskunft und führen die Stellenvermittlung durch.

Für die sachgerechte Betreuung und einwandfreie Heranbildung des kommenden, gefunden deutschen Landwachstums bürgt der Landesbauernführer durch seine Kreis- und Ortsbauernführer!

(gez.) von Klinger  
Ministerpräsident.  
(gez.) Dr. Hartnack,  
Volksbildungsminister. (gez.) Körner,  
Landesbauernführer.

nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung wohl Meldezwang und Anzeigepflicht angeordnet werden kann, aber bisher nicht angeordnet worden ist, so deshalb, weil man hoffe, daß die Unternehmer sich dem Wunsch nicht verschließen und freiwillig kommen. Die öffentliche Arbeitsvermittlung könne auch von auswärts Kräfte herbeiziehen. Kosten entstanden im allgemeinen nicht, es sei denn, daß sich wegen der Dringlichkeit Ferngespräche nötig machten. Das Arbeitsamt gebe unentgeltlich Schilder zum Auslass für Autos ab, monach in dem betr. Betriebe Leute nur durch Vermittlung des Arbeitsamtes eingestellt werden. Redner hat, sie auszubilden, aber auch darnach zu handeln, und wies noch darauf hin, daß auch Polizei und Wehrmeister keine Leute ohne die Vermittlungsstelle mehr einstellen sollten. Endlich wies er noch darauf hin, daß bis 1. Mai alle alten Kämpfer (SA, SS, Stahlhelm-Mitglieder vor 31. 1. 33, NSDAP-Mitglieder, Mitgl.-Nr. 1—300 000, Amtswalter, die vor 30. 1. 33 ein Amt in der Partei bekleideten) in den Arbeitsprozess einzutreten sind. Hieran mangle es noch im Bezirk. 40 seien noch unterzubringen; das müßte bis 15. April unbedingt geschehen. Aber auch die Kriegesbeschädigten müßten untergebracht werden. Der Dank komme spät, aber der Nationalsozialismus nehme sich ihrer an. Hier müsse man die Dankspflicht gegenüber der Eignung mehr in den Vordergrund stellen. Zum Schluß hat er, in geschickter Weise mitzuwirken, dann werde Arbeit geschafft für alle Volksgenossen. Daraus richtete der stell. Kreisleiter Fleischer noch einige Worte an die Anwesenden. Als die politische Leitung den Befehl zur Arbeitslosigkeit erhalten, habe sie ungeschämt die Arbeit aufgenommen und das Nötige veranlaßt. Ihre Anordnungen seien im großen Ganzen befolgt worden. Die Kreisleitung lege größten Wert darauf, daß die Unternehmer auch künftig vertrauensvoll den Ortsbauern entgegenkommen, die die Mittelperson vom Kreisleiter und Arbeitsamt seien. Sie seien verpflichtet, sich um die Betriebe zu kümmern und das Nötige mit den Betriebsführern durchzuführen. Das gehöre zur Arbeit der Ortsgruppen. Vertrauensvoll könne heute jeder in die Zukunft schauen und müsse die Maßnahmen der Regierung unterstützen. Es gelte unter aller Wohl. Man sei dankbar für jeden Mann, der in einem Betrieb unterkomme. Feiler habe das Wort „Arbeitsamt“ keinen guten Klang gehabt, das lag am System, heute werde diese Institution vom Willen des Führers getragen. Er hat, den Worten Hartmanns vollen Wert zu schenken und mitzuwirken, daß alle Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot kommen. In einer längeren Pause wurden persönliche Fragen an den Vorstehenden des Arbeitsamtes herangebracht, es wurden auch Anträge auf Arbeitsvermittlung erteilt und Wünsche geäußert. In einer öffentlichen Anfrage am Ende der Pause meldete sich niemand. Vorstehender Hofmann führte dann noch aus,

daß Arbeitsvermittlung lediglich Sache des Arbeitsamtes ist, daß Parteistellen und öffentliche Verbände nur für Einstellungen werden können, das weitere aber dem Arbeitsamt zu überlassen haben. Einige Angestelltenverbände, die noch vermitteln könnten, können für den hiesigen Bezirk nicht in Betracht. Zusammenfassend stellte Arbeitsamtsvorstehender Hofmann fest, daß alle den Willen bekundet hätten, die Arbeitslosigkeit gewinnen zu helfen, und hat, zu prüfen, wie weit noch Einstellungen möglich seien, besonders auch, wie die unter die Sonderaktion Fallenden untergebracht werden können. In diesem Sinne wolle man mit frischem Mut und Tatkraft in die neue Arbeitslosigkeit gehen. Mit deutschem „Stieg Heil“ auf den Kanzler wurde nach zweifelhafter Dauer der Sprechtag geschlossen.

**Aufgebote:** Der Elektrostallateur Gerhard Gotthardt Breitweider aus Lohmen (Sächs. Schweiz) mit der Stütze Amalie Marianne Dellmann aus Glasbütze; der Geschäftsführer Max Kurt Pentbert aus Dippoldiswalde mit der Wirtschaftsgelbin Erna Hilba Lieblich aus Oberborsdorf; der Landwirt Kurt Martin Seim mit der Wirtschaftsgelbin Martha Ella Beyer geb. Leuner, beide aus Reinberg. Die Ehe haben geschlossen: Der Buchhalter Kurt Walter Hauswald mit der Hausangestellten Ella Franziska Ehrlich, beide aus Dresden; der Stellmachermeister Karl Martin Nobis aus Dippoldiswalde mit Frieda Ella Lohse aus Reinholdsbald; der Arbeiter Karl Walter Kreller aus Dippoldiswalde mit der Küchenangestellten Ella Franziska Hulda Roden aus Altenberg; der Stuhlbauer Georg Erwin Pöge aus Delitz (Bez. Dresden) mit der Arbeiterin Ella Ella Wolf aus Dippoldiswalde.

Im bergigen Gelände der Herrschaft Weesenstein sind am 17. März drei Stück Ruffelwild, ein Widder und zwei Geißen, ausgelegt worden. Ruffelwild ist für unsere Erzeugnisgegenstand gut geeignet, ist ausgeprochenes Standwild, richtet keinen Wildschaden an und ist so widerstandsfähig, daß es selbst überstrenge Winter gut überlebt. Es ist bescheiden in seinen Ansprüchen und füttert ein ziemlich verborgenes Dasein im Walde. Da das ausgelegte Wild erst heimisch werden muß, erscheint es notwendig, Jäger und Naturfreunde zu bitten, Obacht zu geben, wo die Tiere aufstehen, sie zu schützen, ihnen den Aufenthalt nicht zu verübeln, revierende Köter von ihnen fern zu halten. Vorläufig haben die Tiere Schonzeit, welcherhin muß Sorge getragen werden, daß auf mehrere Jahre der Abschluß unterlag wird.

## Wetter für morgen

Fortdauer des bestehenden Witterungs-Charakters. Nachts im Flachland leichter Bodeneis.